

**Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
vom 21.01.2020**

Anwesend:

(stimmberechtigte)

Baqué, Manuel	CDU	
Finke, Stephan	CDU	
Hebich, Martin	Oberbürgermeister	
Schönherr, Sonja	CDU	Vertr. für Frau Bindert
Schwarz, Doris	CDU	
Winkes, Daniel	CDU	Vertr. für Dr. Busch
Höppner, Aylin	SPD	
Koch, Gunther	SPD	
Schiffmann, Dieter, Dr.	SPD	
Hatzfeld-Baumann, Ute	Die Grünen/Offene Liste	
Schulze, Rainer, Dr.	Die Grünen/Offene Liste	
Trapp, Hartmut	AfD	
Piana, Jesko	FWG	
Börstler, Thomas	FDP	
Schwarzendahl, David	Die Linke	

(nicht stimmberechtigte)

Berg, Linda	Verwaltung
Denzer, Marika	Verwaltung
Hoppe, Julia	Verwaltung
Hubertus, Frank	Verwaltung
Kattler, Matthias, Dr.	Verwaltung
Knöppel, Bernd	Bürgermeister
Kohlschmidt, Heike	Verwaltung
Leidig, Bernd	Beigeordneter
Schandin, Xenia	Verwaltung
Schubert, Isabel	Verwaltung
Seifert, Thorsten Oliver	Verwaltung
Waschbüsch, Peter	Verwaltung
Weigel, Maria Lucia	Verwaltung
Winsel, Wolfgang	Verwaltung
Zobel, Ronald	Verwaltung

Es fehlen entschuldigt:

(stimmberechtigte)

Bindert, Gabriele	CDU
Busch, Tobias, Dr.	CDU

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr Ende der Sitzung: 19:46 Uhr

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses waren durch Einladung vom 15.01.2020 auf Dienstag, den 21.01.2020 unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden.

Zugleich mit der Einladung wurde die Sitzung unter Angabe der Tagesordnung ortsüblich bekanntgegeben.

Die Tagesordnungspunkte 1 bis 13 wurden in öffentlicher Sitzung, die Tagesordnungspunkte 14 bis 15 in nichtöffentlicher Sitzung im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes Neumayerring 72, behandelt. Im Anschluss wurden die Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung bekanntgegeben.

Als Schriftführende wurden entsprechend den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Stadtrates die Mitglieder Dr. Dieter Schiffmann und Manuel Baqué bestimmt.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Oberbürgermeister Martin Hebich
(Vorsitzender)

Isabel Schubert
(Schriftführerin)

Dr. Dieter Schiffmann
(Schriftführendes Ausschussmitglied)

Manuel Baqué
(Schriftführendes Ausschussmitglied)

Tagesordnung

Der Eilantrag XVII/0523 „Wirtschaftlichkeitsuntersuchung Erkenbert-Museum“ der FDP-Stadtratsfraktion wird nach Begründung der Eilbedürftigkeit einstimmig als TOP 12.1 auf die Tagesordnung genommen. Frau Schwarz berichtet, dass die Lautsprecheranlage in der Sporthalle TG Frankenthal nicht funktioniert. Sie möchte wissen, ob der Verwaltung dieser Umstand bekannt ist und bittet um Behebung. OB Hebich sichert eine Prüfung zu und verschiebt die Anfrage auf die nächste Sitzung.

I. Öffentliche Sitzung

Vorlagen der Verwaltung

1. Verleihung der Ehrenanstecknadel der Stadt Frankenthal (Pfalz) im Jahr 2019
Vorlage: XVII/0511
2. Umbau und Erweiterung Albert-Einstein-Gymnasium
- hier Elektroinstallation
Vorlage: XVII/0515
3. Umbau und Erweiterung Albert-Einstein-Gymnasium
- hier: Sanitärinstallation
Vorlage: XVII/0516
4. Umbau und Erweiterung Albert-Einstein-Gymnasium
- hier Lüftungsinstallation
Vorlage: XVII/0517
5. Museumskonzept für das Erkenbert-Museum
Vorlage: XVII/0497
6. Zustimmung zur Annahme von Spenden gem. § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: XVII/0512
7. Zustimmung zur Annahme von Spenden gem. § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: XVII/0507
8. Zustimmung zur Annahme von Spenden gem. § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: XVII/0503
9. Sanierung Erkenbert-Museum - hier: Beschluss der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU) Stufe 1
Vorlage: XVII/0495
10. Widmung von Straßen in Studernheim
Vorlage: XVII/0325
11. Widmung der Straßen im Baugebiet "An der ehemaligen Landwirtschaftsschule"
Vorlage: XVII/0479

Mitteilungen und Berichte der Verwaltung

12. Sanierung Erkenbert-Museum - hier: Vergabe Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU)
Stufe 2 (Machbarkeitsstudie)
Vorlage: XVII/0496

Anträge der Fraktion

- 12.1 Wirtschaftlichkeitsuntersuchung Erkenbert-Museum
hier: Eilantrag der FDP-Stadtratsfraktion
Vorlage: XVII/0523

Anfragen der Fraktionen

13. Newsletter Amtsblatt
hier: Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion
Vorlage: XVII/0513

II. Nichtöffentliche Sitzung

Vertrags- und Personalangelegenheiten

III. Öffentliche Sitzung

Bekanntgabe der Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung



Aktenzeichen: 101/5/He

Datum:

Hinweis:

Verleihung der Ehrenanstecknadel der Stadt Frankenthal (Pfalz) im Jahr 2019

Beratungsergebnis:

Gremium HFA	Sitzung am 21.01.2020	Top 1	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 101					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Auf Vorschlag des Ältestenrates verleiht die Stadt Frankenthal (Pfalz) die Ehrenanstecknadel der Stadt Frankenthal (Pfalz) gemäß § 4 der Ehrenordnung vom 30.05.1994 an

Herr
Axel Bauer
67227 Frankenthal (Pfalz).

Protokoll:

OB Hebich erläutert die Vorlage ausführlich.

Ausschussmitglied Dr. Schulze stellt den Antrag, dass auch der Bruder, Herr Ralf Bauer, mit der Ehrenanstecknadel ausgezeichnet wird.

OB Hebich lässt über den Änderungsantrag abstimmen. Dieser wird einstimmig beschlossen.



Aktenzeichen: 251/Hu/Ko/Pe

Datum:

Hinweis:

**Umbau und Erweiterung Albert-Einstein-Gymnasium
- hier Elektroinstallation**

Beratungsergebnis:

Gremium HFA	Sitzung am 21.01.2020	Top 2	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 25					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Der Firma

Avril Elektrotechnik GmbH & Co. KG
Otto-Hahn-Straße 8
76829 Landau

wird der Auftrag für die Elektroarbeiten im Albert-Einstein-Gymnasium, gemäß Ange-
bot vom 18.12.2019 zu einem Gesamtbetrag von

375.161,15 € einschließlich Mehrwertsteuer

erteilt.



Aktenzeichen: 251/Hu/ko/Pe

Datum:

Hinweis:

**Umbau und Erweiterung Albert-Einstein-Gymnasium
- hier: Sanitärinstallation**

Beratungsergebnis:

Gremium HFA	Sitzung am 21.01.2020	Top 3	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:		
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
Abdruck an: 25						

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Der Firma

Schölles GmbH & Co. KG
Hedwig-Laudien-Ring 17
67071 Ludwigshafen

wird der Auftrag für die Sanitärarbeiten gemäß Angebot vom 11.12.2019 zu einem Gesamtbetrag von

288.377,00 € einschließlich Mehrwertsteuer

erteilt.



Aktenzeichen: 251/Hu/Ko/Pe

Datum:

Hinweis:

**Umbau und Erweiterung Albert-Einstein-Gymnasium
- hier Lüftungsinstallation**

Beratungsergebnis:

Gremium HFA	Sitzung am 21.01.2020	Top 4	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 25					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Der Firma

Schärf Klimatechnik GmbH
Oberrheinstraße 15
67550 Worms

wird der Auftrag über die Lüftungsarbeiten im Albert-Einstein-Gymnasium gemäß
Angebot vom 14.12.2019 zu einem Gesamtbetrag von

171.635,49 € einschließlich Mehrwertsteuer

erteilt.

Protokoll:

OB Hebich teilt den Ausschussmitgliedern mit, dass das Richtfest für die Baumaßnahme am 13.03.2020 um 11:30 Uhr stattfindet.



Aktenzeichen: 41/Ho/Eu

Datum:

Hinweis:

Museumskonzept für das Erkenbert-Museum

Beratungsergebnis:

Gremium HFA	Sitzung am 21.01.2020	Top 5	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: 14
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:
					Enthaltungen: 1
Laut Beschluss- vorschlag: <input checked="" type="checkbox"/>	Protokollanmerkungen und Änderungen <input checked="" type="checkbox"/>	Kenntnisnahme: <input type="checkbox"/>	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt: <input type="checkbox"/>	Unterschrift:	
Abdruck an: 41					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Das in der Anlage beigefügte Museumskonzept wird beschlossen.

Protokoll:

OB Hebich ruft den Tagesordnungspunkt 5 auf.

Frau Dr. Weigel präsentiert das Museumskonzept anhand der beigefügten Präsentation.

In einer regen Diskussion werden die positiven und negativen Aspekte des Museumskonzeptes dargelegt.

Herr Böstler teilt mit, dass er sich nicht gegen das Museumskonzept ausspricht, sondern nur gegen den Standort. Er wird sich bei der Abstimmung enthalten.



Aktenzeichen: 40-21/SW

Datum:

Hinweis:

Zustimmung zur Annahme von Spenden gem. § 94 Abs. 3 GemO

Beratungsergebnis:

Gremium HFA	Sitzung am 21.01.2020	Top 6	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 41					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Die nachfolgenden Spenden werden gemäß § 94 Abs. 3 GemO durch die Stadt Frankenthal (Pfalz) angenommen:

1.
Sachspende in Form einer Harfe von Frau Karin Schwarz, Auf der Au 17, 67245 Lamsheim, an die Städtische Musikschule Frankenthal (Pfalz), in Höhe von ca. 4.000,00 – 5.000,00 Euro.

2.
Sachspende in Form eins Violoncellos von Frau Karin Schwarz, Auf der Au 17, 67245 Lamsheim, an die Städtische Musikschule Frankenthal (Pfalz), in Höhe von ca. 3.000,00 – 4.000,00 Euro.



Aktenzeichen: 40-21/SW

Datum:

Hinweis:

Zustimmung zur Annahme von Spenden gem. § 94 Abs. 3 GemO

Beratungsergebnis:

Gremium HFA	Sitzung am 21.01.2020	Top 7	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:		
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
Abdruck an:						
41						

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Die nachfolgende Spende wird gemäß § 94 Abs. 3 GemO durch die Stadt Frankenthal (Pfalz) angenommen:

Geldspende in Höhe von 1.000,00 € von Herrn Serkan Dogan, Geschäftsführer der ISO-SER GmbH, Adam-Opel-Straße 15, 67227 Frankenthal (Pfalz) an das Erkenbert-Museum Frankenthal (Pfalz).



Aktenzeichen: 51a/Bor

Datum:

Hinweis:

Zustimmung zur Annahme von Spenden gem. § 94 Abs. 3 GemO

Beratungsergebnis:

Gremium HFA	Sitzung am 21.01.2020	Top 8	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 51					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Die nachfolgenden Spendenangebote werden gem. § 94 Abs. 3 GemO durch die Stadt Frankenthal (Pfalz) angenommen:

1. Geldspende der Stiftung der ehemaligen RV Bank Frankenthal eG, Hauptstraße 24, 67245 Lamsheim in Höhe von 3.500,00 Euro für die städtische Kindertagesstätte Jean-Ganss-Straße.
2. Geldspende der Firma Bahn Automobile, Mustafa Topal, Eisenbahnstraße 43, 67227 Frankenthal in Höhe von 500,00 Euro für die städtische Kindertagesstätte Pilgerstraße.



Aktenzeichen: 61-S/Kt

Datum:

Hinweis:

Sanierung Erkenbert-Museum - hier: Beschluss der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU) Stufe 1

Beratungsergebnis:

Gremium HFA	Sitzung am 21.01.2020	Top 9	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: 14
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:
					Enthaltungen: 1
Laut Beschluss- vorschlag: <input checked="" type="checkbox"/>	Protokollanmerkungen und Änderungen <input checked="" type="checkbox"/>	Kenntnisnahme: <input type="checkbox"/>	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt: <input type="checkbox"/>	Unterschrift:	
Abdruck an: 61					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Die Ergebnisse der in Anlage 1 beigefügten Wirtschaftlichkeitsuntersuchung Stufe 1 werden beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Zustimmung der zuständigen Landesbehörde (ADD) einzuholen.

Protokoll:

OB Hebich ruft die Tagesordnungspunkte 9 und 12.1 gemeinsam auf.

Herr Seifert stellt die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung anhand der beigefügten Präsentation ausführlich vor.

Herr Böstler begründet ausführlich, warum die FDP die Alternative 4 der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung befürwortet.

Anschließend diskutieren die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses intensiv über die verschiedenen Alternativen der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung.

Herr Böstler erklärt, dass er sich bei der Abstimmung enthalten wird.



Aktenzeichen: 611/Ha

Datum:

Hinweis:

Widmung von Straßen in Studernheim

Beratungsergebnis:

Gremium HFA	Sitzung am 21.01.2020	Top 10	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 61					

Die Verwaltung bittet wie folgt zu beschließen:

Die Stadt Frankenthal (Pfalz) widmet als Trägerin der Straßenbaulast nach § 36 Abs. 1 i. V. mit § 14 und § 15 Abs. 1 Landesstraßengesetz für Rheinland-Pfalz (LStrG) vom 01.08.1977 (GVBl. S. 273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.05.2018 (GVBl. S. 92), folgende Verkehrsflächen gemäß § 3 Nr. 3. a) Landesstraßengesetz als Gemeindestraßen für den uneingeschränkten öffentlichen Verkehr:

1. Studernheim

1.01 Dietrich-Bonhoeffer-Straße

Flurstück-Nrn. 1511, 1512 und 1524
(im beigefügten Lageplan 6 umrandet und gekennzeichnet)

1.02 Frankenthaler Straße

Flurstück-Nrn. 493/10 und 539/3
(im beigefügten Lageplan 6 umrandet und gekennzeichnet)

1.03 Gotthilf-Salzman-Straße

Teil aus Flurstück-Nr. 1497
(im beigefügten Lageplan 6 umrandet und gekennzeichnet)

1.04 Heinrich-Reffert-Straße

Flurstück-Nr. 415/2
(im beigefügten Lageplan 6 umrandet und gekennzeichnet)

1.05 Langgasse

Flurstück-Nr. 1554/1
(im beigefügten Lageplan 6 umrandet und gekennzeichnet)

1.06 Mühlbergstraße

Flurstück-Nr. 467/10
(im beigefügten Lageplan 6 umrandet und gekennzeichnet)

1.07 Oggersheimer Straße

Flurstück-Nr. 493/18
(im beigefügten Lageplan 6 umrandet und gekennzeichnet)

1.08 Oppauer Straße

Flurstück-Nrn. 98/3, 856/5, 856/6 und 1672
(im beigefügten Lageplan 6 umrandet und gekennzeichnet)

1.09 Ruchheimer Weg

Flurstück-Nrn. 1571 und 1573
(im beigefügten Lageplan 6 umrandet und gekennzeichnet)

1.10 Sonnenstraße

Flurstück-Nrn. 430/5, 460/36, 469/25, 1543 und 1565
(im beigefügten Lageplan 6 umrandet und gekennzeichnet)

1.11 Weickstraße

Flurstück-Nr. 419
(im beigefügten Lageplan 6 umrandet und gekennzeichnet)

Nachfolgende verlaufende sonstigen Straßen und Plätze werden gemäß § 3 Nr. 3. b)
aa) Landesstraßengesetz als selbständige Geh- und Radwege für den öffentlichen
Verkehr gewidmet, mit der Beschränkung auf den Fußgänger- und Radverkehr:

2. Studernheim

2.01 Gotthilf-Salzmänn-Straße

Flurstück-Nrn. 1449, 1456, 1463, 1470, 1477 und 1484
(im beigefügten Lageplan 10 umrandet und gekennzeichnet)



Aktenzeichen: 611/Ha

Datum:

Hinweis:

Widmung der Straßen im Baugebiet "An der ehemaligen Landwirtschaftsschule"

Beratungsergebnis:

Gremium HFA	Sitzung am 21.01.2020	Top 11	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 61					

Die Verwaltung bittet wie folgt zu beschließen:

Die Stadt Frankenthal (Pfalz) widmet als Träger der Straßenbaulast nach § 36 Abs. 1 i.V. mit § 14 und § 49 Abs. 3 Nr. 2. Landesstraßengesetz für Rheinland-Pfalz (LStrG) vom 01.08.1977 (GVBl. S. 273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.05.2018 (GVBl. S. 92), folgende Verkehrsflächen in der Gemarkung Frankenthal gemäß § 3 Nr. 3 a) Landesstraßengesetz als Gemeindestraßen für den uneingeschränkten öffentlichen Verkehr:

Anton-Fils-Straße

Flurstück-Nr. 6866

(im beigefügten Lageplan 1 umrandet und gekennzeichnet)

Johann-Stamitz-Straße

Flurstück-Nrn. 6864 und 6869

(im beigefügten Lageplan 1 umrandet und gekennzeichnet)

Ignaz-Holzbauer-Straße

Flurstück-Nr. 6868

(im beigefügten Lageplan 1 umrandet und gekennzeichnet)

Franz-Xaver-Richter-Straße

Teilfläche aus Flurstück-Nr. 6862/2 und Flurstück-Nr. 6861

(im beigefügten Lageplan 1 umrandet und gekennzeichnet)



Aktenzeichen: 61-S/Kt

Datum:

Hinweis:

Sanierung Erkenbert-Museum - hier: Vergabe Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU) Stufe 2 (Machbarkeitsstudie)

Beratungsergebnis:

Gremium HFA	Sitzung am 21.01.2020	Top 12	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 61					

Die Verwaltung berichtet:

Die Sanierung des Erkenbert-Museums ist eines der zentralen Projekte der Stadt Frankenthal im Rahmen der Landesinitiative zur Stärkung der Investitionsfähigkeit der großen Mittelzentren und der diesbezüglichen erfolgten Aufnahme des Gebietes „Innenstadt“ in das Städtebauförderungsprogramm „Aktive Stadtzentren“.

Dies ermöglicht der Stadt die Förderung einer Sanierung und Neukonzeptionierung des Erkenbert-Museums mit einem Fördersatz von 90 % der förderfähigen Kosten zu beantragen.

Um genehmigungsfähige Planunterlagen im Rahmen des Jahresförderantrages 2021 bei der zuständigen Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Neustadt einreichen zu können, müssen zunächst mehrere vorgelagerte und aufeinander aufbauende Verfahrensschritte abgearbeitet werden. Es wird diesbezüglich auf Drucksache XVII/0304 verwiesen, wo Vorgehensweise und Zeitplan ausführlich dargestellt wurden.

Als erster wichtiger Schritt wurde das Museumskonzept erarbeitet. Dieses beinhaltet unter anderem auch eine Flächenbedarfsermittlung, die als Grundlage für die weiterführenden Berechnungen im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU) Stufe 1 dient.

Seit 2016 gelten erhöhte Anforderungen an die Inhalte der zum Förderantrag gehörigen Bauunterlagen und deren baufachliche Prüfung (WU, Nutzungskosten nach DIN 18960 und Lebenszykluskosten). Da die für das Projekt zu erwartende Zuwendung über 1,5 Mio. € liegen wird, ist aufgrund der diesbezüglichen Förderbestimmungen

eine baufachliche Prüfung der Antragsunterlagen sowie eine zuvor durchzuführende WU erforderlich. Die WU ist dabei zweistufig aufgebaut. Während die Stufe 1 der WU die Standortalternativen beleuchtet, geht es in der Stufe 2 der WU um die Machbarkeitsprüfung bezogen auf den gewählten Standort, der als Ergebnis der Stufe 1 hervorgeht, und um die Prüfung von Alternativen bei der Ausführung.

Bezüglich der Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung – WU-Stufe 1 wird auf Drucksache XVII/0495 verwiesen. Demnach wird die Sanierung des derzeitigen Museumsgebäudes Kanalstraße 1 / August-Bebel-Straße 2 als die am besten geeignete Alternative angesehen.

Zur Durchführung der WU-Stufe 2 ist die Beauftragung eines externen Planungsbüros erforderlich. Die Beauftragung soll unmittelbar erfolgen, sobald die Zustimmung der ADD und SGD zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung WU-Stufe 1 vorliegt.

Mit Schreiben vom 02.12.2019 wurden daher drei Architekturbüros zur Abgabe eines Angebotes bezüglich der Erstellung einer Machbarkeitsstudie samt 3D-Visualisierung (=WU-Stufe 2) aufgefordert:

Leistungsprofil:

- Erstellung von drei Planungsvarianten im Vorentwurfsstadium zur Umsetzung des Bau- und Raumprogramms auf Basis des Museumskonzeptes, der bereits verfügbaren Bestandspläne und Informationen aus den früheren Voruntersuchungen sowie den beschriebenen Mindestanforderungen. Dabei sollen für wichtige Kernpunkte der Planung technische Umsetzungsalternativen erarbeitet und deren Vor- und Nachteile verglichen und bewertet werden. Mögliche variantenübergreifende Kombinationsmöglichkeiten verschiedener Ausführungsoptionen von Einzelaspekten sind zu benennen. Die Planungsvarianten müssen grundsätzlich umsetzbar sein, insbesondere im Hinblick auf die Aspekte Brandschutz, Denkmalschutz, Barrierefreiheit, Statik und bauordnungsrechtliche Zulässigkeit.
- Erstellung von Grundrissplänen, Ansichten und Schnitten, aus denen deutlich erkennbar hervorgeht, welche baulichen Veränderungen vorgenommen werden. Hierzu soll eine farbliche Kennzeichnung der Bestandsbauteile, der abzubrechenden Bauteile sowie der neu herzustellenden Bauteile erfolgen.
- Erstellung ansprechender Visualisierungen auf Basis eines digitalen 3D-Modells für alle drei Varianten. Dabei sollen verschiedenste Blickwinkel und Perspektiven auf die Neuplanungen von außerhalb und innerhalb des Gebäudes ermöglicht werden. Ziel ist es dabei, eine leicht verständliche Vermittlung der Planungsideen auch für nicht baufachkundige Laien zu ermöglichen.
- Erstellung von Kostenschätzungen für alle drei Varianten
- Erstellung eines Erläuterungsberichtes zur textlichen Darstellung der Planungsvarianten und Erläuterung der jeweiligen Vor- und Nachteile
- Präsentation der Planungsvarianten im Rahmen von fünf Veranstaltungen.
- Teilnahme an drei Arbeitsgruppensitzungen der AG-Museum (Jour-Fixe)
- Alle erarbeiteten Ergebnisse der Machbarkeitsstudie (Planunterlagen, Textliche Erläuterungen, Visualisierungen) sind der Stadtverwaltung in gebundener Papierform (10-fach) sowie digital zur Verfügung zu stellen. Die digitalen Dateien sollen dabei eine Weiterbearbeitung im Rahmen späterer Planungsschritte ermöglichen. (CAD-Dateien etc.)

Abgegebene Angebote:

Auf die Angebotsanfrage vom 02.12.2019 haben zwei von drei angefragten Büros ein verbindliches Angebot vorgelegt.

Prüfung der Angebote:

Die eingereichten Angebote wurden vor dem Hintergrund der angefragten Leistungen und der vorgegebenen Zuschlagskriterien (Höhe des Honorars, Referenzen sowie Bürostruktur und Qualifikation) geprüft und daraufhin das geeignetste Büro ausgewählt.

Die angefragten Leistungen wurden von diesem zu einem Festpreis **i.H.v. 29.155,00 € (brutto inkl. Nebenkosten)** angeboten.

Die Auftragsvergabe erfolgt durch die zuständige Fachbereichsleitung, sobald die Zustimmungen der Landesbehörden zum Museumskonzept und der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung – WU-Stufe 1 vorliegen.

STADTVERWALTUNG FRANKENTHAL (PFALZ)

Martin Hebich
Oberbürgermeister



Aktenzeichen: FDP

Datum:

Hinweis:

**Wirtschaftlichkeitsuntersuchung Erkenbert-Museum
hier: Eilantrag der FDP-Stadtratsfraktion**

Beratungsergebnis:

Gremium HFA	Sitzung am 21.01.2020	Top 12.1	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 61					

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir bitten die nachfolgende Anfrage auf die Tagesordnung des **Haupt- und Finanzausschusses** sowie des **Stadtrats** zu setzen:

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung Erkenbert-Museum – Gegenvorschlag zu Alternative 4 der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-1) – Errichtung eines Neubaus auf einem freien Grundstück

Grundlage: Erkenbert-Museum, Sanierung und Neukonzeptionierung der Stadt Frankenthal (Pfalz)

Prüfantrag der FDP-Stadtratsfraktion

Begründung: Das vorhandene Gebäude am Rathausplatz eignet sich nicht dazu, das vorgesehene Museumskonzept fachgerecht umzusetzen. Alle Ziele für ein Museum lassen sich in einem Neubau besser realisieren als in einem Gebäude, das vor über 100 Jahren für einen ganz anderen Zweck gebaut und zwischenzeitlich mehrfach umgebaut wurde.

Daher plädiert die FDP-Stadtratsfraktion die Ergebnisse der WU-1 besonders im Hinblick auf Alternative 4 nochmals kritisch zu beleuchten und die Vorschläge der FDP-Fraktion in die endgültige Entscheidungsfindung miteinfließen zu lassen.

Die Verwaltung wird gebeten folgendes zu prüfen:

NEUKONZEPTIONIERUNG DES MUSEUMS

Ein Museumsneubau ist sowohl aus musealer, technischer und kommerzieller Sicht vorteilhafter für die Stadt Frankenthal als das Bestandsgebäude mit großem Aufwand und unserer Meinung nach fragwürdigem Ergebnis zu sanieren.

Wir begründen dies wie folgt:

Wo sollen die Räume für adäquate Arbeitsplätze für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Museums zur Durchführung von Verwaltung-, Forschungs- und konservatorischer Arbeiten bereitgestellt, entsprechende Sozialräume vorgehalten sowie Raum für eine Fachbibliothek geschaffen werden? Auch Arbeitsplätze für Gastwissenschaftler, ehrenamtliche Helfer und Praktikanten werden benötigt. Schon bisher war der Platz für 1 – 2 Mitarbeiter zu klein.

Der Bestand umfasst 2032 m² BGF. Wenn das bisher nicht genutzte DG ausgebaut und in der Eingangshalle eine Decke eingezogen werden soll, muss voraussichtlich mit folgenden Lasten gerechnet werden:

Ausbau DG für Büros → ca. 235 m² x 10 kN/m² (Decke 20cm/ VL 5 kN) =2.350 kN

Mit dieser Last würde die Gründung/ Fundamente zusätzlich belastet (235 t/ 235.000 kg). Außerdem müssten diese Lasten weitgehend über die vorhandenen Wände + Stützen (100 Jahre alt) abgeleitet werden. Wurde dies zumindest einmal ansatzweise überprüft?

Eine Anhebung des Daches (wie hoch?) und Änderung/ Vergrößerung der Dachgauben würden die Architektur/ Proportionen des Gebäudes verändern. Ist dies schon mit dem Denkmalamt abgestimmt?

BEDEUTUNG DES PROJEKTS VOR DEM HINTERGRUND DER ZIELE DER STÄDTEBAULICHEN ERNEUERUNG

Das Gebäude des ehemaligen Sitzes der Stadtparkasse kann erhalten werden, ohne es für ein Museum umzubauen. Andere Nutzungen wären sicher sinnvoller.

Am besten wäre ein Verkauf, um damit den Eigenanteil der Stadt für einen Neubau zu finanzieren.

WIRTSCHAFTLICHKEITSUNTERSUCHUNG STUFE 1

Außenbereichsflächen (AUF):

Bei einem Neubau auf der TG nicht erforderlich.

Entfallende Grünflächen auf dem Dach der TG können durch eine Dach- und Wandbegrünung kompensiert werden. Zusätzlich ist eine Solaranlage möglich + sinnvoll.

Nutzungskosten:

Betriebskosten:

Die Betriebskosten sind bei einem Neubau deutlich geringer als bei einem sanierten Altbau. Bei einem 0-Energiegebäude können die Energiekosten auf die Klimatisierung reduziert werden. Ferner wäre Wärmerückgewinnung möglich. Zusätzliche Pflege der Außenanlagen entfiel; allenfalls für Begrünung auf dem Dach und den Wänden.

Instandsetzungskosten:

Diese sind bei einem Neubau deutlich geringer als bei einem sanierten Altbau. In den ersten 5 – 10 Jahren ~ 0 € wegen Gewährleistung. Hier müssen unterschiedliche Kosten für Altbau und Neubau angesetzt werden (Neubau < 1%)

Kapitalkosten:

Die Kapitalkosten für die Öffentliche Hand sind aktuell geringer als 1,8% auf 20

Jahre. Die Tilgung kann auch auf eine längere Zeit berechnet werden. Fremdkapital wäre für einen Neubau auf der Tiefgarage ohnehin nicht erforderlich.

Alternative 1: Sanierung des bestehenden Gebäudes

EIGNUNG DES STANDORTS

Die Darstellung ist viel zu optimistisch.

Es gibt lange Wege von den Parkhäusern, speziell für behinderte Menschen aber auch für alle anderen Besucher, auch bei schlechtem Wetter.

Neubau: Es wäre eine bessere Erreichbarkeit über Anbindung an die TG, über den Haupteingang des Rathauses und über einen direkten Eingang von außen gewährleistet.

Ferner können gefährliche Situationen durch den Straßenverkehr unmittelbar am Gebäude entstehen. Der Straßenlärm beeinträchtigt Veranstaltungen im Museum. Straßenfeste u. ä auf dem Rathausplatz stören den Museumsbetrieb nachhaltig. Die architektonische Qualität des Gebäudes ist allenfalls durchschnittlich. Durch Änderungen der Fassade (größere Dachgauben, Anhebung des Daches, Änderung der Eingangsrampen, notwendige energetische Ertüchtigung usw.) wird sie ganz sicher nicht besser.

Die Bewertung mit 10 Punkten ist deshalb unzutreffend.

EIGNUNG DES GEBÄUDES

Die vorhandenen Flächen reichen nicht aus (wieviel m² stehen überhaupt zur Verfügung?).

Es wird der Ausbau des DG vorgeschlagen. Der Lichthof wird geschlossen. Wie sollen die Flächen erschlossen werden? Aufzug? Brandschutz/ Rettungswege usw. Dies ist alles als sehr problematisch anzusehen.

Was wäre mit der Verlagerung der Trafostation? Was wäre mit zusätzlichen Räumen im Keller?

Erweiterungen im Nachbargebäude wären erforderlich. Diese sind jedoch nicht gesichert.

Der Zugang über Rampen wäre nicht rollstuhlgeeignet.

Die Eignung des Gebäudes mit 8 Punkten ist weit überschätzt.

INVESTITIONSKOSTEN

Die Abbruch- und Abbruchfolgekosten sind zu gering angenommen.

Ob der Kostenansatz für alle Sanierungsarbeiten angemessen ist, darf bezweifelt werden.

Es wurden die Kosten aufgrund nur 1 Vergleichsobjektes angenommen. Es fehlen die Kosten für die energetische Ertüchtigung (neue Fenster, Außen- oder Innendämmung, Wärmerückgewinnung, Demontage der gesamten Haustechnik und Elektrotechnik usw.).

KAPITALKOSTEN

Werden die Förderkosten 90% betragen, egal wie hoch die tatsächlichen Kosten sind, oder werden die Kosten mit der Förderzusage gedeckelt?

ALTERNATIVE 4: ERRICHTUNG EINES NEUBAUS AUF EINEM FREIEN GRUNDSTÜCK BZW: AUF DER TIEFGARAGE

EIGNUNG DES STANDORTS

Der Standort auf der Tiefgarage wäre aus folgenden Gründen besser geeignet als der Standort des Bestandsgebäudes:

- Direkte Lage in der Innenstadt
- Anbindung ans Rathaus, an die TG und direkter Zugang von außen.
- Willi-Brandt-Anlage kann in das Museumskonzept mit eingebunden werden.
- Architektonisches Highlight wäre in der Innenstadt möglich.
- Keine Beeinträchtigung durch Verkehr oder Volksfeste auf dem Rathausplatz.

Die ökologischen Gesichtspunkte zur Ablehnung des Standortes auf der Tiefgarage sind unserer Meinung nach vorgeschoben. Ein Museumsneubau könnte ggf. mit einem „Luftgeschoss“ gebaut werden. Die Dachbegrünung auf der TG im Bereich der Willy-Brandt-Anlage würde nur geringfügig reduziert werden. Als Kompensation könnten das Dach und ein Teil der Fassade des Neubaus begrünt werden. Außerdem wäre dort noch Platz für eine Solaranlage, die einen Teil der Stromversorgung übernehmen könnte.

Bewertungsmatrix: Eignung des Standorts (Alternative 4)

Die Bewertung bezieht sich auf einen fiktiven Standort außerhalb der Innenstadt. Der Standort auf der Tiefgarage wäre geeigneter als das umfangreich zu sanierende Bestandsgebäude.

Bewertung = besonders gut = 10 Punkte

EIGNUNG DES GEBÄUDES

Bei einem Neubau könnte das Museumskonzept optimaler umgesetzt werden als durch die umfassende Sanierung des Bestandsgebäudes. Ein Neubau könnte in Verbindung mit dem Rathaus und der Willy-Brandt-Anlage eine architektonische Qualität erreichen, wie sie allenfalls beim Kongressforum erzielt wurde.

Allen Forderungen nach Energieeinsparung und Schallschutz könnte umfassend Rechnung getragen werden. Denkbar wäre ein 0-Energie-Gebäude. Sommerlicher und winterlicher Wärmeschutz könnte optimal realisiert werden.

Bewertung = besonders gut = 10 Punkte

INVESTITIONSKOSTEN

KG 100 – Grundstück → kann entfallen, da im Eigentum der Stadt FT

KG 300 – Bauwerk Baukonstruktion

KG 400 – Bauwerk Technische Anlagen

Es wurden 5 Vergleichsobjekte herangezogen. Deren Kosten bewegen sich zwischen 2.020 € und 2.526 € mit einem Ausreißer von 4.529 €. Ohne den Ausreißer beträgt der mittlere Preis 2.390 €, was angemessen erscheint. Die Investitionskosten beliefen sich somit auf:

$$2.267 \text{ m}^2 \times 2.390 \text{ €/m}^2 = \mathbf{5.418.130 \text{ €}}$$

Davon abziehen wären bereits vorhandene Bauteile wie

$$\text{Gründung/ Verbau/ Baugrube/ Wasserhalt. usw.} \rightarrow \text{geschätzt ca. 20\%} = \mathbf{1.083.626 \text{ €}}$$

Der vorhandene Aufzug der TG wurde bereits im Hinblick auf eine südl. Erweiterung des Rathauses geplant. Der Übergang Rathaus/Aufzug ist vorhanden und kann Richtung Museum erweitert werden.

Zentrale Einrichtungen des Rathauses können für das Museum mitgenutzt werden (z. B. Einbruchmeldeanlage, Brandmeldeanlage, Telefonanlage, ggf. Heizung + Lüftung, Hausanschlüsse für Strom, Wasser, Abwasser usw.) Das Gleiche gilt für die TG (z. B. Videoüberwachung, Löschwasserversorgung usw.).

Selbst ohne diese Mitnutzungen ergeben sich Investitionskosten in Höhe von **4.334.504 €**

KG 500 – Außenanlagen

Die angesetzten Kosten für die Außenanlagen (88.750 €) können für die Umgestaltung der Willy-Brandt-Anlage und die Dachbegrünung eingesetzt werden.

KG 600 – Ausstattung und Kunstwerke

$$1\% \text{ von } 4.334.504 = \mathbf{43.345 \text{ €}}$$

KG 700 – Baunebenkosten

Die Baunebenkosten liegen prozentual bei einer Sanierung gem. HOAI deutlich höher als bei einem Neubau (ca. 30% höher). Bei einem Neubau wäre also mit ca. 20% der anrechenbaren Kosten zu rechnen.

$$\mathbf{4.423.254 \times 20 \% = 884.651 \text{ €}}$$

Investitionskostenrahmen Alternative 4:

KG 1 Grundstück	0 €
KG 2 Herrichten und erschließen	0 €
KG 3 + KG 4 Bauwerk	4.334.504 €
KG 5 Außenanlagen	88.750 €
KG 6 Ausstattung und Kunstwerke	43.345 €
KG 7 Baunebenkosten (20% von KG 3 – 5)	<u>884.651 €</u>

Investitionskosten insgesamt

5.351.250 €

BAUNUTZUNGSKOSTEN

Grundsätzlich liegen die Baunutzungskosten eines Neubaus deutlich unter denen eines sanierten Altbaus. Das betrifft insbesondere die Kosten für Betrieb und Instandsetzung, aber auch für Strom und Heizung/ Klimatisierung

Annahme für den Neubau

100.000 €/ Jahr

KAPTIALKOSTEN

Bei einem Neubau auf der Tiefgarage sind alle Voraussetzungen erfüllt, um in den Genuss einer 90% -igen Förderung zu kommen.

Danach wären von der Stadt FT 10% der Investitionskosten von 5.351.250 € zu tragen:

535.125 €

Bei einem Neubau wird das aktuelle Museumsgebäude nicht mehr benötigt. Bei einer Veräußerung könnte mit einem Ertrag von vorsichtig geschätzt mind. 1.000 €/ m² BGF gerechnet werden. Das ergäbe eine Einnahme von

2.032 m² x 1.000 €/m² =

2.032.000 €

Wahrscheinlich dürfte der Erlös für das Gebäude in der exponierten Lage trotz Sanierungsbedarf und Denkmalschutz noch höher sein. Dies auch vor dem Hintergrund, dass sich bereits getätigte Investitionen (z. B. Trockenlegung Keller usw.) positiv auf den Kaufpreis auswirken würden.

Auf jeden Fall ist es nicht erforderlich Fremdkapital aufzunehmen. Der Verkaufserlös würde den Eigenanteil der Stadt FT an einem Museumsneubau deutlich übersteigen.

LEBENSZYKLUSKOSTEN

Unter den o. a. Annahmen stellen sich die Lebenszykluskosten (50 Jahre) für einen Museumsneubau auf der Tiefgarage wie folgt dar:

Investitionskosten

5.351.250 €

Nutzungskosten 50 Jahre (1. Jahr = 80% von 125.000 € = 100.000 €)

ca. 80 % von 8.933.310 (Alternative 1)

7.150.000 €

Kapitalkosten (Ertrag Verkauf Bestandsgebäude – Eigenanteil der Stadt FT an den Investitionskosten)

2.032.000 € – 535.125 € (Überschuss Verkauf Bestand)

- 1.496.875 €

Lebenszykluskosten 50 Jahre

11.004.375 €

Damit lägen die Lebenszykluskosten für einen Neubau bei ca. zwei Drittel von denen eines sanierten Altbaus.

BONUSPUNKTE FÜR VERFÜGBARKEIT

Die von der Verwaltung vorgenommene Bewertung mag auf die Besitzverhältnisse teilweise zutreffen. Aber auch über die Baufläche auf der Tiefgarage könnte die Stadt jederzeit verfügen.

Ein Nachteil bei dem Sanierungskonzept ist, dass das Museum während der Umbauarbeiten für mehrere Jahre geschlossen werden muss. Bei einem Neubau könnte das Museum weiter geöffnet bleiben und müsste erst nach Fertigstellung des Neubaus umziehen.

Zusammenfassung

Das vorhandene Gebäude am Rathausplatz eignet sich nicht dazu, das vorgesehene Museumskonzept fachgerecht umzusetzen. Außerdem fehlt jegliche gesicherte Möglichkeit der Erweiterung.

Bei kritischer Bewertung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen der Verwaltung wird deutlich, dass diese erkennbar dem Ziel dienen, die Sanierung des Bestandsgebäudes als wirtschaftlich und sinnvoll darzustellen. Für die Sanierung des Bestandsgebäudes wurden alle Aspekte positiv dargestellt. Die anderen Alternativen wurden nicht ernsthaft überprüft, da sie nach Meinung der Verwaltung nicht realisierbar sind. Auch die in den letzten Jahren stark erhöhten Anforderungen an den Brandschutz, Energieeinsparung, Nutzung regenerativer Energien usw. finden keine angemessene Berücksichtigung. In einem denkmalgeschützten Gebäude lassen sich diese Anforderungen nur schwer und/ oder mit hohem Aufwand realisieren.

Ein Museumsneubau auf der Tiefgarage mit Anbindung an das Rathaus wurde aus ökologischen Gesichtspunkten ausgeschlossen. Diese Argumentation geht ins Leere, da der Verlust eines Teiles der Dachbegrünung auf der TG durch eine entsprechende Begrünung auf dem Dach und den Fassaden des Neubaus überkompensiert werden kann. Auch wäre ein sog. „Luftgeschoss“ möglich. Darüber hinaus können bei einem Neubau alle Forderungen zur Energieeinsparung (EnEV/ EnEG/ EEWärmeG) erfüllt werden, was bei einer Sanierung des Bestandsgebäudes zumindest zweifelhaft ist. Zumindest hätte man erwarten können, dass die Verwaltung überprüft, ob das Raumprogramm bei einem Neubau auf der Tiefgarage realisiert werden kann und ob die beim Neubau der Tiefgarage für eine Rathuserweiterung vorgesehenen statischen Vorkehrungen dafür ausreichen. Die dafür erforderlichen Unterlagen müssten der Verwaltung vorliegen (Baugenehmigung Tiefgarage/ Bauvoranfrage Rathuserweiterung).



Thomas Böstler
FDP-Fraktionsvorsitzender

Protokoll:

OB Hebich ruft die Tagesordnungspunkte 9 und 12.1 gemeinsam auf. Die Protokollierung des Tagesordnungspunktes 12.1 erfolgt unter Tagesordnungspunkt 9.



Aktenzeichen: SPD

Datum:

Hinweis:

**Newsletter Amtsblatt
hier: Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion**

Beratungsergebnis:

Gremium HFA	Sitzung am 21.01.2020	Top 13	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: A1 / 101					

Wir fragen die Verwaltung:

1. Wie viele Zugriffe auf die Internetseite des „Amtsblatts“ (http://www.frankenthal.de/sv_frankenthal/de/Homepage/Stadt%20und%20B%C3%BCrger/Verwaltung/Amtsblatt/Archiv/) sind seit August 2017 erfolgt, wie hoch sind die monatlichen Zugriffszahlen?
2. Warum ist entgegen der Zusage der Verwaltung bei dem Beschluss des Stadtrats am 29.6.2017 über die Einführung eines „Amtsblatts“ als offizieller Bekanntmachungsplattform der Stadt bis heute- nach 2 ½ Jahren – das Amtsblatt immer noch nicht als Newsletter abonnierbar?
3. Wann ist endlich mit der Bereitstellung des Amtsblatts zu rechnen?

Begründung:

Das „Amtsblatt“ als offizielles Bekanntmachungsorgan der Stadt führt in der papiernen Version ein Schattendasein. Bereits bei der Beratung über die Einführung wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, das Amtsblatt als abonnierbaren Newsletter zur Verfügung zu stellen. Das wurde von der Verwaltung damals zugesagt. Geschehen ist seitdem jedoch nichts. Seitdem steht bis heute auf der Internetseite zu lesen: *„Derzeit werden die Voraussetzungen geschaffen, dass Sie das Amtsblatt automatisch als Newsletter beziehen können. Sobald die Funktion zur Verfügung steht, werden wir entsprechend informieren.“* Es ist kaum vorstellbar, dass die Einrichtung und Pflege eines Amtsblatts-Newsletter ein digitales Hexenwerk ist.

Aylin Höppner
Vorsitzende

Protokoll:

Frau Höppner erläutert die Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion.

OB Hebich nimmt wie folgt Stellung:

Das Amtsblatt ist nicht als Newsletter zu abonnieren, da aufgrund von Personalwechsel und Personalvakanz sowie gleichzeitiger Zunahme der Öffentlichkeitsarbeit keine Möglichkeit bestanden hat, dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen.



XVII. Wahlperiode 2019 – 2024

Aktenzeichen:

Datum:

Hinweis:

Bekanntgabe der Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung

Beratungsergebnis:

Gremium HFA	Sitzung am 21.01.2020	Top	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an:					

Protokoll:

OB Hebich gibt folgende Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung bekannt:

TOP 14 Gerichtsvergleich
TOP 15 Einstellung

einstimmig beschlossen
einstimmig beschlossen